



## BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 8.3.2011

### **Bordell-Gegner: Neue Vorwürfe gegen die Stadt**

**Marburg.** Der derzeitige Bordellprozess bewiese, dass mit dem Bau des großen Etablissements das kriminelle Rotlichtmilieu in „beängstigendem Ausmaß“ in Marburg Fuß gefasst hat, sagt die Sprecherin der Bürgerinitiative gegen das Großbordell, Inge Hauschildt-Schön. „Das hätte vermieden werden können“, sagt sie. Hauschildt-Schön verweist dabei auf den Protest der Bürgerinitiative, die 2006 den Bau des Bordells ver-

hindern wollte. Die Stadt hätte den Betreibern die Baugenehmigung nicht erteilen sollen, meint sie. Der Prozess gegen acht Angeklagte aus dem Rotlichtmilieu wird heute am achten Verhandlungstag vor dem Landgericht fortgesetzt. Es geht um gefährliche Körperverletzung im Erotic Island. Mutmaßliche Opfer sind albanische Türsteher. Die Angeklagten sprechen dagegen von Schutzgeld-erpressung.

**Seite 4**

# „Wer braucht dieses Bordell?“

Bürgerinitiative: Mit dem Bau des großen Etablissements kam Rotlicht-Kriminalität nach Marburg

Der Bordellprozess beweist derzeit, dass Rotlichtmilieu und Gewalt zusammenhängen, sagt die Bürgerinitiative gegen das Bordell. Und: Hätte die Stadt die Baugenehmigung für das Großbordell nicht erteilt, gäbe es jetzt auch nicht solche Auseinandersetzungen.

Fortsetzung von Seite 1  
von Anna Ntemiris

**Marburg.** Der so genannte Bordellprozess zeigt, dass mit dem Freudenhaus in Wehrdas Gewerbegebiet das kriminelle Rotlichtmilieu in Marburg Fuß fassen konnte, sagt Inge Hauschildt-Schön, Sprecherin der Bürgerinitiative (BI) gegen das Großbordell.

Und das hätte man vermeiden können, sagt sie. Jetzt fordert sie: „Die Zuverlässigkeit des Betreiberkreises müsste überprüft werden, um möglicherweise das Bordell schließen zu können“.

Die BI habe von Anfang davor gewarnt, den Betreibern des Bordells eine Baugenehmigung zu erteilen, sagt sie. Im 2007, et-

wa ein Jahr nach Eröffnung des Etablissements, kam es zu der blutigen Auseinandersetzung, mit der sich heute im Landgericht wieder mehrere Juristen vor Gericht befassen.

Die Bürgerinitiative beobachtet den Prozess, dessen achter Verhandlungstag heute stattfindet. Ungeachtet der Anklage gegen die acht Beschuldigten, denen gefährliche Körperverletzung vorgeworfen wird, sei bisher folgendes deutlich geworden: „Das Rotlichtmilieu ist eine Parallelwelt mit eigenen Richtern und Henkern“. Sie verweist dabei auf Aussagen der mutmaßlichen Opfer und Angeklagten, die im Gerichtssaal Sätze äußerten wie: „Hätte ich ein Messer dabei gehabt, dann würden die heute nicht mehr sitzen“ oder „Wenn wir Baseballschläger gehabt hätten, hätten die da drüben keine Köpfe mehr“.

Im Prozessverlauf sei auch deutlich geworden, dass die Betreiber und Mitarbeiter des Marburger Großbordells „eng mit anderen Bordellen verweben“ seien. Sie verweist dabei auch auf den so genannten Kleeblattprozess in Nordhessen, bei dem es auch um Zwangsprostitution ging.

Prostitution hänge heutzuta-

ge oftmals mit Menschenhandel, Drogenhandel, Geldwäsche und Gewalt gegen Frauen zusammen, sagt die Marburger BI, die seit ihrer Gründung vor fast sechs Jahren mittlerweile bundesweit agiert.

Der Prozess „beweist die Bedenken der Marburger BI, dass das Großbordell ein bisher in Marburg noch nicht zu beobachtendes Ausmaß an zusätzlicher Kriminalität mit sich gebracht hat. Das ist für die Bevölkerung beängstigend und schadet dem Ruf der Stadt. Und: Man hätte es verhindern können“, so Hauschildt-Schön.

Sie verweist auch auf die Proteste aus der Bevölkerung gegen den Bau des Bordells im Jahr 2006. „Die Proteste sind damals von den städtischen Verantwortungsträgern zurückgewiesen worden“, sagt sie. In anderen Städten wie zum Beispiel Weimheim konnte dagegen der Bau von Großbordellen durch Protestaktionen von Bürgern und der Unterstützung der Marburger BI verhindert werden, berichtet die pensionierte Lehrerin.

Magistrat und Koalition erklärten damals, dass das Genehmigungsverfahren formal nicht zu beanstanden war. Anderer Auffassung ist die BI-Sprecherin. „Bis heute ist öffentlich ungeklärt, warum der Rechtsspielraum zur Verhinderung des Bordells nicht ausgenutzt wurde“, meint Hauschildt-Schön. „Wer hatte ein Interesse daran, das internationale Rotlichtmilieu in die Universitätsstadt Marburg zu holen? Und: Wer braucht dieses Bordell?“, fragt sie. „Die meisten wollen uns als Moralisten abtun.“

Doch die BI habe sich stets auch an Fakten gehalten, sagt sie. Die BI habe damals zum Beispiel kritisiert, dass der Bau des Bordells ohne die Baugenehmigung begann. Hauschildt-Schön berichtet, dass damals kurz vor der Kommunalwahl das Parlament einen Akteneinsichtsausschuss gründete. „Mit-



Im Großbordell fand 2007 eine blutige Auseinandersetzung statt. Derzeit findet der Prozess statt.



Inge Hauschildt-Schön von der Bürgerinitiative gegen das Großbordell in Marburg.

Fotos: Thorsten Richter

glieder des Akteneinsichtsausschusses fanden damals Hinweise über den Personenkreis und den Verwebenheiten“, sagt

sie. „Es gab leider niemals einen öffentlichen Abschlussbericht des Ausschusses“, sagt sie. „Es sind noch viele Fragen offen“.